

# **DIGITALE DEBATTE**

*Gesellschaft und  
Bedingungsloses Grundeinkommen*

---

**01**

**26 . und 27. Januar 2019**  
*Mumble NRW Konferenzraum-Saal*



## GRUSSWORT DES VORSTANDS

### NEUE WEGE ZU NEUEN LÖSUNGEN

Am 26. und 27. Januar 2019 fand das erste Digitale Debattencamp der Piratenpartei zum Thema Bedingungsloses Grundeinkommen statt. An dieser Stelle gilt mein Dank vor allem Michael Berndt und seinem Team, die sich vorgenommen haben, die Digitale Debatte wiederzubeleben und damit ein Format zur Verfügung zu

stellen, was in der deutschen Parteienlandschaft nach wie vor seinesgleichen sucht. Solche Angebote machen die Piratenpartei besonders. Nicht nur, weil sie neue zeitgemäße Wege und Möglichkeiten zu politischem Diskurs aufzeigt, sondern auch weil wir deutlich machen, dass der Zugang zu politischer Willensbildung an keine großen Hürden gebunden sein muss, sondern nur ein wenig Zeit und den Willen dazu erfordert.

### SEBASTIAN ALSCHER

Vorsitzender Piratenpartei Deutschland

## STIMMEN ZUR DIGITALEN DEBATTE



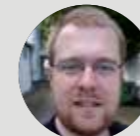
**PAWEL  
BORODAN**  
Hessen

Ich finde das Format der Digitalen Debatte großartig, wir sollten das noch häufiger nutzen.



**ANNETTE  
SCHAPER-HERGET**  
Hessen

Damus di vollorupta velicium is molupictur si nem ipsamus nemquae ipideliquis



**WOLF-VINCENT  
LÜBCKE**  
Niedersachsen

Vit est debisci odipic te estibus ne venihitiat optaquam haruntesecte natempos



**PIRAT**  
Social Promoter

Dipsam intis delent initius, simin por maio. Adipsandita nam vit fuga. Ut que qui

Wer mehr über die Organisation eines Digitalen Debattencamps erfahren möchte, für den gibt es die Broschüre "Digitale Debatte 00". Hier findet sich sowohl ein grober Plan und eine Hilfestellung, wie man eine Veranstaltung organisiert und was man beachten sollte, außerdem wird es regelmäßig um neue Ideen und Formate erweitert. Grundsätzlich sind der Kreativität keine Grenzen gesetzt, als Beispiel sei

hier der aus diesem Debattencamp als Fortsetzung bereits angekündigte BGE-Battle genannt. Außerdem findet sich hier auch für Neueinsteiger eine kleine Anleitung zum Mumble, der Software die für die Online-Treffen verwendet wird. Hinweise und Ergänzungsvorschläge sind jederzeit willkommen, hierzu wäre eine Nachricht an die Bundesgeschäftsstelle hilfreich.

## ORGANISATION DIGITALES DEBATTENCAMP

Ortsunabhängige politische Arbeit unter Nutzung zeitgemäßer Werkzeuge zum kritischen Diskurs und der politischen Meinungsbildung, offen für alle.



### VORBEREITUNG

Festlegung des Themas und Datumsfindung, allgemeine Information über die Veranstaltung



### WUNSCHZETTEL

Sammeln von Workshop-Vorschlägen, Fragen und Diskussionspunkten zum Thema oder Unterthemen



### EINIGUNG AUF THEMEN

Inhalte und Ablauf werden zu Beginn der Veranstaltung gemeinsam festgelegt und im Verlauf gestaltet



### DISKUSSION

Inhaltlicher Austausch, Diskussion, Festhalten von Zwischenergebnissen und/oder ausgetauschten Argumenten im Pad



### ERGEBNISFINDUNG

Die diskutierten Themen und Argumente werden abschließend "zu Papier gebracht". Gemeinsame, geteilte Positionen werden gesondert hervorgehoben



### POSITIONSPAPIER

Die Ergebnisse des Digitalen Debattencamps bieten die Grundlage für Positionspapiere zur Abstimmung auf dem nächsten Bundesparteitag



## ZUSAMMENFASSUNG

*Das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) ist ein sinnvolles Konzept, das den Sozialstaat langfristig umkrempeln kann. Hierzu müssen jedoch einige Anforderungen erfüllt und Zwischenziele erreicht werden, um die notwendige gesellschaftliche Akzeptanz zu erreichen. Mögliche Ideen auf einem Weg zur Umsetzung sind beispielsweise eine Lebensleistungs-Rente, Streichung von Sanktionen für den ALG-II-Bezug, eine Erhöhung des Mindestlohns. Um der derzeitig mehrheitlichen Ablehnung eines BGE angemessen zu begegnen, müssen die Fragen des sozialen Free-Riding und der Finanzierung durch fundierte Ausarbeitungen schlüssig beantwortet werden.*

In den Ergebnissen dieses Digitalen Debattencamps zeigt sich der Anspruch der Piratenpartei Deutschland, nicht nur Antworten auf die täglichen Fragen geben zu können, die Menschen sich im Alltag stellen, so wie dies die meisten Parteien in den Parlamenten heute versuchen zu leisten. Das Debattencamp hat bestätigt, dass die Piratenpartei Deutschland

über den Pragmatismus hinaus eine zukunftsorientierte Perspektive einnimmt, die den Menschen eine Vision vermittelt. Sie zeigt einen Weg auf, wohin wir gemeinsam unsere Gesellschaft entwickeln können und wie wir sie gestalten können. Damit liefert die Piratenpartei Deutschland einen wichtigen Impuls zum öffentlichen Diskurs.



## ERGEBNISSE DIGITALES DEBATTENCAMP

### 01

Die Piratenpartei steht hinter der Aussage, dass ein Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) durchaus ein sinnvolles Konzept darstellt. Allerdings ist den Teilnehmern bewusst, dass hierzu ein Wandel in der gesellschaftlichen Akzeptanz erreicht werden muss, der so nicht auf die Schnelle zu erreichen ist.

Das Konzept BGE muss daher als langfristiges Projekt angesehen werden, das sich frühestens auf einen zeitlichen Horizont von 25 Jahren realisieren lässt. Nicht zuletzt auch deshalb, da die bisherigen Sozialsysteme nicht ohne weiteres abgeschafft werden können, sondern mit entsprechenden Fristen auslaufen müssen.



### 02

Ein Grundeinkommen kann in einem einzelnen Staat — oder auch geschlossen innerhalb der EU — nicht bedingungslos realisiert werden. Bedingungslos würde auch immer bedeuten, dass es allen Menschen der Erde offen steht. Dies wäre niemals finanzierbar. Daher wird es Bedingungen geben müssen, welche Personengruppen Zugang zum Grundeinkommen erhalten. "BGE" ist also ein irreführender Begriff.

### 03

Die Bevölkerung steht dem Grundeinkommen (GE) aktuell noch ablehnend gegenüber. Dies insbesondere, da in der Regel der Vorwurf aufkommt, andere würden bei Bezug eines GE nicht mehr arbeiten wollen. Auf die Frage, ob sie selbst weiter arbeiten würden, erhält man meistens ein "Ja". Warum dann andere nicht mehr arbeiten sollten, kann anschließend durch die Befragten nicht beantwortet werden. Dennoch bleibt das "Sozialschmarotzertum" in den Köpfen und führt zur Ablehnung des Systems. Zudem wird vor allem die Finanzierung immer wieder in Frage gestellt. Daher muss die Beantwortung dieser beiden Punkte zuerst angegangen werden.

1. Bevor die GE-Forderung weiter betrieben wird, muss ein Finanzierungskonzept vorgelegt werden. Mit der Finanzierung steht und fällt das Thema. Daher kann nicht auf eine ominöse Enquete-Kommission verwiesen werden. Um in der Öffentlichkeit nicht nur belächelt zu werden, muss zuerst eine Machbarkeits-Studie vorgelegt werden. Dabei gilt zu beachten, dass die Finanzierung nicht nur in guten Zeiten funktioniert, sondern auch in schlechten Tagen, wenn die Wirtschaft wieder nachlässt wie zuletzt Mitte/Ende der 2000er-Jahre.
2. Es muss ein vernünftiger Ansatz gefunden werden, wie mit dem Vorwurf, dass die Leute nichts mehr arbeiten, umgegangen werden soll. Dies kann jedoch nicht auf bloßem Wunschdenken basieren, sondern es muss faktenbasiert nachgewiesen werden, dass die GE-Bezieher arbeiten werden. Auch der Verweis auf bereits existierende Tests ist nicht zielführend, da diese immer nur lokal begrenzt waren, so dass die Arbeiten so oder so erledigt wurden. Auf Basis von Versprechungen, dass dann schon alle arbeiten würden, werden wir nicht überzeugen können.

## 04

Der Fokus sollte weg vom GE und vielmehr hin zu alternativen Lösungen gelegt werden, die als Zwischenziele auf dem Weg fungieren können. Hier wäre insbesondere ein Kinder-GE als Ablöse des Kindergeldes sowie eine Lebensleistungsrente zu nennen, die dafür sorgen, dass Rentner mit mehr als x Beitragsjahren nicht auf Grundsicherungsniveau zurückfallen können. Zudem ist das ALG-II so umzubauen, dass die Sanktionen auf ein vernünftiges Maß zurückgeschraubt werden und es sich für Bezieher lohnt, wieder zu arbeiten.

1. Idee Lebensleistungs-Rente: Je Beitragsjahr werden mindestens 20-30 € im Monat auf die jeweils geltende Höhe des ALG-II aufgeschlagen.
2. Einkommen, das zu ALG-II hinzuverdient wird, wird nicht sofort angerechnet. Z. B. können die ersten 100 € ohne Anrechnung bleiben, 100-250 € werden nur zu 25% angerechnet, 250-500 € nur zu 50 %. Staatliche Zusatzleistungen sollen erst ab einem Gesamteinkommen von 1.000 € komplett entfallen. Dies sorgt dafür, dass sich Arbeit auch für ALG-II-Bezieher wieder lohnt. Allerdings sind die staatlichen Leistungen für Wohnungsausstattung, Miete, Heizkosten etc. zurückzufahren, im Gegenzug zum Entfall einiger Sanktionen.
3. ALG-II muss auch weiterhin eine Ausnahme bleiben und darf nicht dafür sorgen, dass sich Menschen damit einrichten.
4. Zum Ausgleich der Sozialleistungen für niedere Einkommen soll der jährliche Steuerfreibetrag für Arbeitnehmer auf 12.000 € angehoben werden. Damit bleibt ein monatliches GE von 1.000 € steuerfrei.
5. Der Mindestlohn muss auf mindestens 11 €/Stunde erhöht werden, um bei 40 Stunden/Woche ein Netto-Einkommen von 1.000 € sicherzustellen.



6. Staatliche Unternehmenssubventionen durch "Aufstocker" müssen unterbunden werden. Firmen sind zu verpflichten, dass die Löhne eine ausreichende Mindesthöhe betragen, um ein auskömmliches Leben zu ermöglichen. Wer Vollzeit arbeitet, darf nicht auf staatliche Beihilfen angewiesen sein. Hier muss an die soziale Verantwortung der Unternehmer appelliert werden.
7. Vorhandene private Altersvorsorge darf nicht auf den Bezug von Sozialleistungen angerechnet werden, unabhängig von der Art der Altersvorsorge.
8. Vorhandenes privates Wohneigentum darf nicht auf den Bezug von Sozialleistungen angerechnet werden. Wer Wohneigentum besitzt, soll dieses auch selbst nutzen dürfen und trotzdem ALG-II beziehen können. Allerdings darf der Wert der Immobilie dabei 250.000 € nicht überschreiten, und diese muss selbst bewohnt werden.
9. Staatliche Leistungen für Mieten müssen bundesweit einheitlich geregelt und auf eine maximale Höhe gedeckelt werden, um Neiddebatten zwischen Mietern günstiger Landwohnungen und teuren Stadtbewohnern zu verhindern.
10. Sanktionen werden darauf beschränkt, dass ALG-II Bezieher sich nachweisbar um die Wiederaufnahme von Arbeit bemühen müssen. Für geeignete Weiterbildungsmaßnahmen erhalten die Sozialleistungsempfänger ein virtuelles Budget, das sie für zertifizierte Kurse frei verwenden können. Eine gebuchte Fort-/Weiter-/Ausbildungsmaßnahme muss durch den Sozialleistungsempfänger auch durchgeführt werden. Maßnahmen zur Arbeitssuche müssen plausibel und nachprüfbar quartalsweise in einem persönlichen Gespräch mit den zuständigen Beratern offengelegt werden. Weitere Sanktionen sollen abgeschafft werden.



## 05

Auf Basis von 2018 werden 1.000 € pro Person als ausreichendes Einkommen für die soziale Teilhabe angenommen. Es muss erreicht werden, dass sowohl Sozialleistungsempfänger, als auch Arbeitnehmer diesen Betrag zur Verfügung haben. Dabei ist jedoch auch darauf zu achten, dass Arbeitnehmer nicht schlechter gestellt werden dürfen, als Staatshilfen-Bezieher. Wer 8 Stunden täglich arbeitet, muss am Ende des Monats mehr Geld haben, als vergleichbare Leistungsempfänger.



## ÜBER DIE PIRATENPARTEI

2006 gründeten Aktivisten und Idealisten die Piratenpartei, um für bürgerfreundliche Politik zu kämpfen.

Seitdem sind wir einen langen Weg gegangen; wir haben Massen mobilisiert und sitzen in Parlamenten. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen ein selbstbestimmtes Leben führen können. Unsere Wege zur Entscheidungsfindung transparent zu machen, ist uns wichtig.

Wenn du unsere Arbeit unterstützen möchtest, dann kannst du das unter <https://spenden.piratenpartei.de>

Hier erfährst du mehr über die Ziele der Piratenpartei: [www.piratenpartei.de](http://www.piratenpartei.de)



**DIGITALE  
DEBATTE**



*Piratenpartei Deutschland*

---

**Adresse**

Pflugstraße 9a  
10115 Berlin  
[www.piratenpartei.de](http://www.piratenpartei.de)

**Telefonnummer**

030/2757-2040

**Email**

[bgs@piratenpartei.de](mailto:bgs@piratenpartei.de)